

## eGovernment Computing, 06-2009



Interview

# Keine Signalwirkung für die Zukunft

### Wertekonservativ.

Die Einwohner Berlins sind bestimmt nicht unglücklich darüber, dass der Senat einen erheblichen Teil der Mittel des Konjunkturpakets in traditionelle Sanierungsmaßnahmen investiert. Der IT-Branchenverband SIBB vermisst jedoch ein Signal für eine leistungsfähige und moderne Verwaltung, zu der eGovernment gehört. eGovernment Computing sprach mit dem SIBB-Vorsitzenden Dr. Ortwin Wohlrab.



ZWEIFLER. Ortwin Wohlrab, vermisst beim Konjunkturprogramm des Berliner Senats ein Signal für die Verwaltungsmodernisierung

**Herr Dr. Wohlrab, Ihr Branchenverband hat im Rahmen der Umsetzung des Berliner Konjunkturpaketes schwere Vorwürfe gegen das Land Berlin erhoben. Letztlich gipfelt der Vorwurf in der Feststellung, dass das Land seiner Selbstverpflichtung zur Förderung der einheimischen mittelständischen IT-Industrie nicht nachkomme. Wie kommen Sie zu dieser Einschätzung und worin besteht diese Selbstverpflichtung?**

**Wohlrab:** Das Land Berlin hat 2006 im Rahmen seiner Gesamtstrategie für mehr Wachstum und Beschäftigung für die Jahre 2007 bis 2013 unter anderem das Handlungsfeld Wirtschaft definiert. Für das Handlungsfeld wurden die strategischen Ziele „Innovations- und Anpassungsfähigkeit, Produktivität der privaten Wirtschaft stärken“ sowie „Beschäftigung schaffen“ formuliert.

Als Kompetenzfeld wurde unter anderem die Informations- und Kommunikationsindustrie in Berlin ausgewählt. Die kleinteilige IT-Industrie wird im Rahmen der Gemeinsamen Strategie zur Weiterentwicklung der Berliner Kompetenzfelder gefördert. Im Kompetenzfeld Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Medien wurden folgende Ziele als Masterplan für die Jahre 2007 bis 2009 veröffentlicht:

- Berlin soll deutschlandweit und weltweit Referenzmarkt mit Modellcharakter für neue Technologien werden,
  - IT ist der Wachstumstreiber für Berlin (durch Prozess- und Produktinnovationen),
  - Optimierung der Berliner Standortbedingungen (insbesondere im Bereich Qualifizierung),
  - Modernisierung des Öffentlichen Sektors durch IT-Einsatz,
  - Stärkung der wissenschaftlichen Kompetenz und
  - Verdeutlichung und Kommunikation der Berliner Potenziale.
- Aus der Gesamtstrategie, den Zielen im Handlungsfeld Wirtschaft, der IT-Industrie als Kompetenzfeld und dem strategischen Ziel Modernisierung des Öffentlichen Sektors leiten wir die Selbstverpflichtung ab.

**Hat der Berliner Senat inzwischen auf Ihre Kritik reagiert und eine Kurskorrektur vorgenommen? Wenn ja, wie sehen diese Verbesserungen aus?**

**Wohlrab:** Wir stehen in einem kontinuierlichen Dialog mit den entscheidenden Institutionen im Land Berlin – vom IT-Kompetenzzentrum der Berliner Innenverwaltung über den Berliner IT-Dienstleister ITDZ bis hin zum IT-Referat der Berliner Wirtschaftsverwaltung.

Auf unserer gemeinsamen Veranstaltung mit dem eGovernment-Netzwerk Amt24 am 30. März wurde uns seitens der – für IT-Investitionen zuständigen – Innenverwaltung in Aussicht gestellt, dass für den Herbst weitergehende Investitionen in die IT-Infrastruktur Berlins geplant sind.

Für die Modernisierung der Berliner IT im Rahmen des Konjunkturpakets II und einer damit verbundenen Förderung von Innovation und Beschäftigung in der regionalen IT-Industrie sehen wir zurzeit jedoch keine Kurskorrektur. Ganz im Gegenteil: Am 11. Mai lud die IHK Berlin gemeinsam mit der Handwerkskammer, dem Bauindustrieverband, der Fachgemeinschaft Bau, dem Bundesverband der Freien Immobilien- und Wohnungsunternehmen und dem Verband Berlin-Brandenburger Wohnungsunternehmen zur Vergabeveranstaltung ein.

**Ihr Branchenverband wird den Verantwortlichen auch vor, sie hätten das Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität nicht wirklich gelesen, da der Löwenanteil der Fördermittel in herkömmliche Infrastrukturen investiert würde und damit den zukunftsfähigen Technologiebranchen nicht zur Verfügung stehe. Wie kommen Sie zu dieser Einschätzung?**

**Wohlrab:** Im Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom Februar dieses Jahres regelt der Artikel 7 die Finanzhilfen an die Länder. Daraus ergibt sich die Höhe der Mittel, die dem Land Berlin im Rahmen des Konjunkturpakets II zur Verfügung stehen. Dieses Gesetz zur Umsetzung von

Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder besagt in Paragraph 1, Absatz 3, dass „die Mittel überwiegend für Investitionen der Kommunen eingesetzt werden sollen“. Hierzu zählt auch nach Paragraph 3, Punkt 2, der Investitionsschwerpunkt der Infrastruktur mit Nennung der Informationstechnologie.

Rund 65 Prozent der Bundesmittel von Berlin – also 400 von 630 Millionen Euro (einschließlich des Eigenanteils) – müssen laut Vorgabe des Bundes in Schulen, Kitas oder Hochschulen investiert werden.

Bei den verbleibenden 35 Prozent hat Berlin jedoch freien Handlungsspielraum.

**Sie halten ein Investitionsverhältnis von 1:8 zugunsten der Technologiebranchen für verändert. Wie kommen Sie zu dieser Einschätzung?**

**Wohlrab:** Im Mittelpunkt unserer Position steht die Entscheidung des Bundes, 500 Millionen Euro in moderne, zukunftsweisende Informations- und Kommunikationstechnik zu investieren. Diese Mittel werden unabhängig von der Breitbandförderung eingesetzt.

Die Konzentration auf die vier Themenbereiche IT-Sicherheit, Green IT, Konsolidierung der Bundes-IT und Innovationen ist aus unserer Sicht ein klares Signal für eine leistungsfähige, moderne Verwaltung der Zukunft. Diese Signalwirkung vermisst wir in Berlin. Wie hoch das Verhältnis im Detail ist, spielt unter dem Strich eine untergeordnete Rolle. Wichtiger ist aus unserer Sicht, dass den Herausforderungen der Verwaltung – wie zum Beispiel in den nächsten zehn Jahren der Wegfall von 40 Prozent der Landesbelegschaft aus Altersgründen – aktiv begegnet wird. Hier ist die Verwaltungsmodernisierung mit IT-Unterstützung ein entscheidender Schlüssel.

**Wie sehen denn die aktuell geplanten IT-Investitionen**

**des Berliner Senats nun tatsächlich aus?**

**Wohlrab:** Die Investitionen des Landes Berlin in moderne IT-Infrastrukturen ergeben sich aus dem Titel „IT und Spezialfahrzeuge“, der mit insgesamt 30 Millionen Euro budgetiert ist. Wir bedauern es sehr, dass die Zukunftsinvestitionen in die IT des Landes im Wettbewerb mit Fahrzeugen von Polizei und Feuerwehr stehen.

Nach den Informationen der Berliner Innenverwaltung investiert das Land unter anderem in stromsparende Netzwerkrechner und fördert das in Berlin ansässige Heinrich-Hertz-Institut. Von einer strukturellen Förderung – wie von SIBB und Amt24 durch praktische Vorschläge im Februar untermauert – sind die Maßnahmen leider weit entfernt. Die Tatsache, dass nach unseren Informationen ursprünglich keinerlei Mittel für IT-Investitionen eingeplant waren und die für IT-Förderung des Landes zuständige Wirtschaftsverwaltung in die Planungen nicht einbezogen wurde, wollen wir nicht weiter kommentieren.

**Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesem Sparprogramm Ihrer Meinung nach für die IT-Industrie sowie für die eGovernment- und Verwaltungsmodernisierungsprojekte des Landes Berlin?**

**Wohlrab:** Der Senat hat im Rahmen der Initiative Servicestadt Berlin im Juni 2007 eine mittelfristige Strategie mit mehr als 100 Projekten und Vorhaben bis 2011 beschlossen. Mit

dem Programm soll der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen erleichtert und Verwaltungsprozesse vereinfacht werden.

Im Rahmen des Konjunkturpakets II hätte das Land Berlin die besondere Chance gehabt, Projekte für internetfähige Dienstleistungen und elektronische Verfahren innerhalb der Landesbehörden zu beginnen und voranzutreiben. Diese Chance wurde leider verpasst.

Gerade die kleinen und mittelständischen IT-Anbieter und -Dienstleister in Berlin und der Region bieten der Öffentlichen Verwaltung besondere Vorteile:

- Die räumliche Nähe bietet eine optimale Abstimmung und Zusammenarbeit bei IT-Projekten der Verwaltung – vom ITDZ über den Senat bis in die Bezirke.
  - Die Zusammenarbeit der IT-Unternehmen in den Arbeitskreisen des SIBB und in den Berliner IT-Netzwerken bietet die Chance, ressort- und ebenenübergreifende Lösungen zu entwickeln und einzuführen.
  - Die kostengünstigen Rahmenbedingungen am Standort Berlin bieten erhebliche Vorteile – gerade im Vergleich zu nationalen und internationalen Dienstleistern.
- Die IT-Unternehmen an der Spree verdienen heute ihr Geld zu 60 Prozent nicht in der eigenen Region, sondern in der gesamten Bundesrepublik. Die regionalen Unternehmen würden sehr gern mehr für die Stadt und ihre Verwaltung leisten. In der aktuellen Krise wären regionale IT-Projekte – wie im Projekt ServiceStadt Berlin definiert – die beste Beschäftigungssicherung und eine echte Investition in die lokale Wirtschaft.

**Ihr Verband ist nicht nur mit den Berliner Spitzen der Politik, sondern auch mit Brandenburg hart ins Gericht gegangen. Woran fehlt es Ihrer Meinung nach in Brandenburg und wie arbeiten die beiden Länder bei der Umsetzung der Konjunkturprogramme**

**für die Technologiebranchen zusammen?**

**Wohlrab:** Das Land Brandenburg konzentriert sich bei seinen IT-Investitionen im Rahmen des Konjunkturpakets II auf den Ausbau der Breitbandinfrastruktur im ländlichen Raum mit 3,3 Millionen Euro. Dies ist eine wichtige Entscheidung für die strukturschwachen Regionen in der Mark. Darüber hinaus würden wir uns für Brandenburg wünschen, dass Landes- und Kommunalebene stärker zusammenarbeiten. Hier gibt es zurzeit gegensätzliche Entwicklungen, die der Modernisierung der Verwaltung und der Entwicklung zukunftsfähiger Konzepte fürs 21. Jahrhundert eher im Weg stehen.

Die Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg ist ein Thema für sich. Bei der Umsetzung der Konjunkturprogramme für die Technologiebranche IT sehen wir keinerlei Abstimmung zwischen Berlin und Potsdam.

Hier setzt sich die getrennte Entwicklung der regionalen Wirtschaftsförderung beider Länder fort.

Berlin Partner und Zukunftsagentur Brandenburg (ZAB) arbeiten bei der Ansiedlung neuer IT- und Medienunternehmen in der Region zusammen. Bei der Filmförderung gibt es mit dem Medienboard sogar eine gemeinsame Einrichtung. Bei der Förderung der regionalen Wirtschaft sehen wir hingegen noch großen Entwicklungsbedarf. Hier ist unser Branchenverband die erste Adresse, um die unterschiedlichen Politik- und Verwaltungsinteressen überbrücken zu können.

**Ihr Branchenverband hat Bund, Ländern und Kommunen einen eigenen Vorschlag zur Belebung der Konjunktur unterbreitet. Wie sieht dieser Vorschlag aus? Wie wurde er angenommen und welche Auswirkungen hätte die Umsetzung der vorgeschlagenen Projekte auf die Konjunktur und auf eGovernment?**

**Wohlrab:** In Berlin konzentriert sich das spezielle Know-how für eGovernment-Leistungen. Allein in unserem Netzwerk Amt24 haben sich zehn Unternehmen und Forschungseinrichtungen zusammengeschlossen und treten bundesweit erfolgreich als Verbund auf. Dieses Know-how ist in unseren Projektkatalog für die Berliner Verwaltung eingeflossen.

Unsere Vorschläge drehen sich um die vernetzte Verwaltung, sektorübergreifende IT-Architekturen und flexible Fachverfahren in Verbindung mit zentralen Diensten sind der Schlüssel, um die monolithische Verwaltungs-IT zu überwinden. Den Ansatz Fachverfahren 2.0 stellen wir erstmals auf dem dbb-Kongress neue Verwaltung der Öffentlichkeit vor.

In unserem Konzeptpapier mit Handlungsvorschlägen im Rahmen des Konjunkturpakets II haben wir als IT-Architekt für Berlin ein Shared Service Center erarbeitet. Darin können zentrale Fach-, Querschnitts- und IT-Services gebündelt werden. Die Fachverfahren selbst sollten als Software Service bereitgestellt werden – basierend auf X0V- und SOA-Standards.

Unsere Vorschläge wurden von der Berliner Verwaltung leider nicht berücksichtigt. Dies bedauern wir sehr. Gerade, da wir seitens SIBB und Amt24 in fünf eigenen Arbeitsgruppen die Vorschläge herstellerübergreifend erarbeitet und der Verwaltung kostenfrei zur Verfügung gestellt haben.

Die Umsetzung unseres Lösungsansatzes bietet die Chance, herstellerübergreifend Schritt für Schritt zu einer modernen Verwaltung zu kommen, die auf die Herausforderungen des Internetzeitalters vorbereitet ist und den zunehmenden Anforderungen aus Brüssel – wie dem Einheitlichen Ansprechpartner – gewachsen wäre.

**Das Interview führte Manfred Klein**